

Pressekonferenz, 28. September 2015, Berlin

Herausforderungen an die Pflegeinfrastruktur

Länderprofile

Ansprechpartnerin

Dr. Susanna Kochskämper
Öffentliche Finanzen, Soziale Sicherung, Verteilung
Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Telefon: 0221 4981-887
E-Mail: kochskaemper@iwkoeln.de

Eine interaktive Karte zur Situation in den einzelnen Bundesländern finden Sie unter
www.iwkoeln.de/pflegebedarf

Baden-Württemberg

Die Zahl der Pflegebedürftigen in Baden-Württemberg steigt bis 2030 vergleichsweise stark: von gut 313.000 in 2013 auf bis zu 421.000 im Basisszenario, also um 34 Prozent.¹ Der Anteil der Ü64-Jährigen liegt derzeit mit 19,6 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt, der 20,9 Prozent beträgt. Die Menschen, die 2013 bereits pflegebedürftig waren, nutzten in Baden Württemberg professionelle Angebote häufiger als informelle – ließen sich also häufiger von ausgebildeten Kräften pflegen als von Angehörigen, Nachbarn oder Haushaltshilfen. Ändert sich daran nichts, muss Baden-Württemberg in Zukunft bei der Pflegeinfrastruktur aufrüsten: Bereits heute sind 89 Prozent der Plätze in der vollstationären Dauerpflege belegt. Selbst wenn sich die Auslastung auf 98 Prozent gesteigert werden kann, fehlen 2030 bis zu 29.000 Plätze. Zusätzlich braucht Baden-Württemberg bis dahin Pflegerinnen und Pfleger im Umfang von rund 8.000 Vollzeitstellen.

Bayern

Auch im Freistaat Bayern wächst die Zahl der Pflegebedürftigen vergleichsweise stark an: Bis 2030 steigt sie im Basisszenario um 34 Prozent – von knapp 344.000 in 2013 auf bis zu knapp 462.000. Der Anteil der Ü64-Jährigen liegt mit 19,8 Prozent ähnlich niedrig wie in Baden-Württemberg. Von den 50- bis 64-Jährigen lebten 2014 rund 19 Prozent allein, weniger als im Bundesdurchschnitt mit 20,1 Prozent. Der Anteil der kinderlosen Frauen der Jahrgänge 1948 bis 1957 entsprach genau dem bundesweiten Wert von 15 Prozent. Daher können viele Personen, die 2030 im Pflegealter sein werden, zumindest theoretisch mit familiärer Hilfe rechnen. Dennoch zeigte sich bereits 2013, dass Pflegebedürftige prozentual häufiger auf professionelle ambulante und stationäre Angebote zurückgreifen, als sich ausschließlich von

¹ Das sogenannte Basisszenario geht davon aus, dass die alters- und geschlechtsspezifischen Pflegequoten konstant bleiben. Das optimistische Szenario nimmt an, dass Menschen künftig mit steigender Lebenserwartung länger gesund bleiben, sich die altersspezifischen Pflegequoten also mit zunehmender Lebenserwartung in höhere Lebensjahre verschieben.

Angehörigen, Nachbarn oder Haushaltshilfen pflegen zu lassen: 2013 lag der Anteil der informellen Pflege bei 45 Prozent, 1999 waren es noch 53 Prozent. Verschärft sich dieser Trend, muss Bayern in der stationären Dauerpflege mittelfristig aufrüsten. Zwar könnte Bayern zunächst versuchen, die Pflegeheime besser auszulasten, da die Belegungsquote dort aktuell nur bei 81 Prozent liegt. Langfristig wird das aber nicht ausreichen: Schon 2020 werden Plätze fehlen, 2030 braucht Bayern voraussichtlich bis zu 23.000 stationäre Plätze mehr.

Berlin

Der demografische Wandel lässt die Zahl der Pflegebedürftigen in Berlin besonders stark steigen – um 44 Prozent von gut 117.000 im Jahr 2013 auf knapp 170.000 im Jahr 2030. Das wäre bundesweit der höchste relative Zuwachs. Berliner lassen sich im Deutschlandvergleich aktuell am häufigsten von Angehörigen oder Haushaltshilfen pflegen. Und Berlin ist eine vergleichsweise junge Stadt – und das dürfte auch so bleiben: Der Anteil der Menschen, die 65 und älter sind, liegt mit 19,1 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt von 20,9 Prozent. Das Statistische Bundesamt geht außerdem davon aus, dass der Anteil der 20- bis 64-Jährigen parallel zum Anteil der älteren Bevölkerung steigt. Doch selbst wenn die informelle Pflege auf dieser demografischen Grundlage weiterhin eine prominente Rolle spielen sollte, wird Berlin aufgrund des Zuwachses der Pflegebedürftigen Alternativen schaffen müssen. Das liegt auch darin begründet, dass Berlin die Stadt ist, in der die meisten Menschen allein leben. Von den 50- bis 64-Jährigen – denjenigen, die 2030 im Pflegealter sein werden – lebte 2014 mehr als ein Drittel alleine. Mehr als ein Fünftel der Frauen der Geburtsjahrgänge 1948 bis 1957 hat zudem keine Kinder. Eine höhere Auslastung der Pflegeheime könnte den steigenden Bedarf an stationären Pflegeplätzen dabei kurzfristig zumindest rechnerisch auffangen, doch bereits 2020 reichen die Kapazitäten nicht mehr aus. Im Jahr 2030 fehlen Berlin

dann bis zu 14.000 Pflegeheimplätze und bis zu 8.000 Vollzeitstellen in der ambulanten Pflege.

Brandenburg

In Brandenburg steigt die Zahl der Pflegebedürftigen neben Berlin am stärksten. Zu den rund 107.000 Pflegebedürftigen in 2013 werden noch einmal 39 Prozent oder bis zu knapp 42.000 kommen. Das Statistische Bundesamt nimmt an, dass die Bevölkerung Brandenburgs 2030 die älteste Deutschlands sein wird: Auf 100 Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren, also jene Personen, die Angehörige und Bekannte pflegen könnten, werden knapp 66 Personen über 64 kommen. Es ist daher für Brandenburg bereits heute überaus wichtig, professionelle Pflegeangebote zu schaffen. Hinzu kommt, dass die Pflegeheime in Brandenburg 2013 bereits zu 93 Prozent ausgelastet waren. Hier muss die Politik also bereits jetzt nachrüsten, um dem wachsenden Bedarf gerecht zu werden. 2030 werden bis zu 9.800 zusätzliche Pflegeheimplätze benötigt, selbst wenn eine nahezu vollständige Auslastung der Kapazitäten unterstellt wird.

Bremen

Die Zahl der Pflegebedürftigen wird in der Hansestadt langsamer wachsen als im Bundesdurchschnitt: Zu den gut 23.000 Pflegefällen in 2013 kommen bis 2030 maximal 5.500 hinzu. Für den kleinen Stadtstaat, in dem 2030 fast 600.000 Menschen leben werden, heißt das dennoch, dass er bestehende Kapazitäten ausbauen muss – zumal Bremen bezüglich der Anteile Alleinlebender und Kinderloser dem Trend anderer Großstädte folgt: In 2014 lebten rund 33 Prozent der 50- bis 64-Jährigen alleine und 21 Prozent der Frauen der Geburtsjahrgänge 1948 bis 1957 hatten keine Kinder. Die hanseatische Pflegepolitik sollte daher keine allzu großen Hoffnungen auf die informelle Pflege durch Angehörige setzen. Selbst wenn der Anteil derjenigen, die in 2013 professionelle Hilfen in Anspruch genommen

haben, konstant bleibt, benötigt Bremen wegen der Bevölkerungsalterung bis 2030 gut 1.500 neue Pflegeheimplätze in der Dauerpflege sowie bis zu 3.300 zusätzliche Vollzeitstellen bei ambulanten Pflegediensten.

Hamburg

Ähnlich wie die Hauptstadt wird auch Hamburg eine junge Stadt bleiben – 2030 werden dort im Vergleich zu allen anderen Bundesländern prozentual die wenigsten Alten leben. Entsprechend wächst die Zahl der Pflegebedürftigen langsamer als im Bundesdurchschnitt: Bis 2030 steigt die Zahl der Pflegefälle im Basisszenario von heute 52.000 auf bis zu 65.000. Damit entwickelt sich die Pflegequote, also der Anteil der Pflegebedürftigen an der Landesbevölkerung, moderat. Bis 2030 steigt der Wert lediglich auf 3,6 Prozent, das ist mit Abstand der niedrigste Wert bundesweit. Der bundesweite Durchschnitt wird bis dahin voraussichtlich von 3,4 auf 4,3 Prozent steigen. Dennoch braucht Hamburg zusätzliche Heimplätze und Pfleger: Ändert sich der Anteil derjenigen, die bereits 2013 professionelle Pflege in Anspruch nahmen, nicht, muss Hamburg bis 2030 rund 3.200 zusätzliche Plätze in der vollstationären Dauerpflege und bis zu 1.800 weitere Vollzeitstellen in der ambulanten Pflege schaffen. Zudem weist die Hansestadt nach Berlin und Bremen die höchste Quote von Alleinlebenden in der Altersgruppe der 50- bis 64-Jährigen auf: 32 Prozent lebten 2014 ohne Partner oder Kinder und ein Viertel der Frauen aus den Geburtsjahrgängen 1948 bis 1957 blieb kinderlos. Familiäre Pflegearrangements sind also in vielen Fällen in Hamburg keine Option, sodass der Bedarf an stationären Plätzen eher noch günstig geschätzt ist.

Hessen

Die Pflegefallzahlen steigen in Hessen von knapp 212.000 in 2013 auf bis zu 276.000 in 2030. Diese Steigerung um 30 Prozent liegt gleichauf mit dem Bundesdurchschnitt. Hinsichtlich derjenigen, die ausschließlich Pflegegeld beziehen,

also mittels informeller Pflege betreut werden, ragt das Bundesland bislang deutlich hervor: Es hat mit 53 Prozent den bundesweit höchsten Anteil derjenigen, die auf professionelle Hilfen verzichten – im Bundesdurchschnitt sind es nur 47 Prozent. Doch selbst wenn es bei diesem hohen Anteil bleibt, müssen in Hessen die Kapazitäten in der professionellen Pflege ausgebaut werden. Bis 2030 braucht das Bundesland bis zu 10.500 zusätzliche Plätze in der vollstationären Dauerpflege und bis zu 4.800 neue Vollzeitstellen in der ambulanten Pflege.

Mecklenburg-Vorpommern

In Mecklenburg-Vorpommern steigt die Zahl der Pflegefälle bis 2030 um 32 Prozent – von 74.000 auf bis zu knapp 98.000 im Basisszenario. Aufgrund des starken Bevölkerungsrückgangs wird das Bundesland damit 2030 absoluter Spitzenreiter bei der Pflegequote sein: Der Anteil der Pflegebedürftigen an der Gesamtbevölkerung liegt dann bei 6,8 Prozent, im Bundesdurchschnitt wird die Quote bei 4,3 Prozent liegen. Das bedeutet auch, dass der Druck sowohl auf die informelle als auch auf die professionelle Pflege dramatisch steigt: Kamen 2013 noch 2,8 Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren auf einen Ü64-Jährigen, werden es dem Statistischen Bundesamt zufolge 2030 nur noch 1,5 sein. Ob dann noch ähnlich viele Menschen ältere Angehörige oder Bekannte pflegen werden, ist stark zu bezweifeln. Zudem waren die Pflegeheime bereits 2013 mit einer Belegungsquote von 97 Prozent annähernd voll ausgelastet. Mecklenburg-Vorpommern muss also schon heute dringend zusätzliche Plätze und Stellen in der professionellen Pflege schaffen. Bereits bis 2020 müssen jährlich im Schnitt bis zu 500 neue Pflegeheimplätze in der Dauerpflege entstehen, zwischen 2020 und 2030 müssen 3.200 weitere hinzukommen. Zusätzlich sind bis zu 2.100 zusätzliche Vollzeitstellen bei den ambulanten Pflegediensten nötig – wohlgermerkt alles unter der Voraussetzung, dass der Anteil informeller Pflegearrangements in Mecklenburg-Vorpommern nicht weiter sinkt.

Niedersachsen

Die Pflegefallzahlen steigen in Niedersachsen zwischen 2013 und 2030 um bis zu 29 Prozent – von 298.000 auf knapp 385.000. Die Zahlen steigen damit etwas langsamer als im Bundesdurchschnitt. Dennoch wird die Pflegequote, also der Anteil der Pflegebedürftigen an der Gesamtbevölkerung, 2030 mit bis zu 5,1 Prozent deutlich über dem deutschen Durchschnitt von 4,3 Prozent liegen. Die Zahl der Menschen, die 2013 ausschließlich vom direkten Umfeld gepflegt wurden, sowie der Anteil der Alleinlebenden (19 Prozent) und Kinderlosen (15 Prozent) in der „pflegenahen“ Altersgruppe, liegt in Niedersachsen ungefähr im Bundesdurchschnitt. Die politischen Empfehlungen ähneln also denen, die für den Bund insgesamt gelten: Bis 2030 muss das Bundesland die Kapazitäten in der professionellen Pflege schrittweise ausbauen, um die steigenden Pflegefallzahlen zu bewältigen. Niedersachsen braucht bis zu 19.700 zusätzliche Plätze in der stationären Dauerpflege, davon gut ein Drittel bereits bis 2020. Ambulante Pflegedienste müssen indes bis 2030 um bis zu 6.200 Vollzeitstellen aufstocken.

Nordrhein-Westfalen

Nordrhein-Westfalen (NRW) ist das bevölkerungsreichste Bundesland. Dementsprechend ist es kaum verwunderlich, dass bereits heute mit Abstand die meisten Pflegebedürftigen in NRW leben – insgesamt 604.000. Bis 2030 wird die Zahl auf bis zu knapp 762.000 im Basisszenario ansteigen, für Deutschland ein Rekordwert. Der relative Zuwachs liegt jedoch mit 26 Prozent unterhalb des Bundesdurchschnitts. Die Hälfte der Pflegebedürftigen wurde 2013 von ausgebildeten Pflegern und Pflegerinnen versorgt. Bleibt dieser Anteil konstant, muss auch NRW die professionelle Versorgung ausbauen – und das umgehend: Bis zum Jahr 2020 werden bis zu 28.600 neue stationäre Pflegeplätze benötigt. Bis 2030 müssen dann noch einmal 19.000 Plätze hinzukommen – vorausgesetzt, die Pflegeheime lassen sich noch stärker auslasten, denn bereits heute sind 91 Prozent

der Plätze belegt. Wenn sich der Anteil der Pflegebedürftigen, der sich ambulant pflegen lässt, nicht verändert, sind in NRW zudem rund 13.000 zusätzliche Pflegevollzeitkräfte bis 2030 erforderlich, davon bereits 5.700 bis 2020.

Rheinland-Pfalz

Die Zahl der Pflegebedürftigen wächst in Rheinland-Pfalz um bis zu 27 Prozent – von knapp 123.000 in 2013 bis auf etwas mehr als 155.000 in 2030. Damit liegt Rheinland-Pfalz leicht unter dem Bundesdurchschnitt von 30 Prozent. Auch bezüglich der Pflegequote – dem Anteil der Pflegebedürftigen an der Gesamtbevölkerung – schneidet das Bundesland 2030 mit 4,1 Prozent voraussichtlich günstiger ab als der Bundesdurchschnitt mit 4,3 Prozent. Die Pflegeheime sind in Rheinland-Pfalz bislang mit 82 Prozent vergleichsweise gering ausgelastet, lediglich Bayern liegt mit einer Quote von 81 Prozent darunter. Rein rechnerisch könnten deshalb die bis 2020 zusätzlich benötigten stationären Plätze über eine bessere Auslastung der bereits bestehenden Pflegeheime aufgefangen werden. Das heißt aber nicht, dass die Anbieter die Heime nicht dennoch modernisieren oder umbauen müssen. Zwischen 2020 und 2030 müssen dann jährlich bis zu 400 zusätzliche Plätze geschaffen werden. Außerdem braucht Rheinland-Pfalz mehr Personal in der ambulanten Pflege: Bleibt der Anteil der professionellen ambulanten Pflege konstant, muss das Bundesland bis 2030 bis zu 2.200 Vollzeitstellen zusätzlich besetzen, damit sich die Versorgung nicht verschlechtert.

Saarland

Im Saarland gibt es die wenigsten Pflegebedürftigen bundesweit, im Jahr 2013 waren es 35.400. Die Zahl wird bis 2030 im Deutschlandvergleich am langsamsten steigen – um bis zu 23 Prozent auf knapp 43.000. Zum Vergleich: In Berlin wird die Zahl der Pflegefälle um 44 Prozent steigen. Trotzdem muss auch das Saarland in

Zukunft für mehr ambulante und stationäre Kapazitäten sorgen: 2030 benötigt das Land bis zu 500 zusätzliche Vollzeitstellen bei den ambulanten Pflegediensten. Auf den ersten Blick scheint das nicht viel zu sein, vergleicht man die Zahl beispielsweise mit dem Personalbedarf in NRW. Allerdings darf beim Vergleich nicht die Größe des Bundeslandes vergessen werden und die aktuelle Personalausstattung: In 2013 waren nur 2.000 Vollzeitstellen für die ambulante Versorgung der Pflegebedürftigen notwendig – ein Viertel muss also noch einmal hinzukommen. Zusätzlich müssen knapp 1.100 neue Pflegeheimplätze in der Dauerpflege entstehen – und das schon unter der Bedingung, dass die derzeit nur zu 86 Prozent belegten Pflegeheime besser ausgelastet werden können.

Sachsen

In Sachsen steigt die Zahl der Pflegebedürftigen bis 2030 um bis zu 24 Prozent – von gut 158.000 im Jahr 2013 auf bis zu knapp 197.000. Erscheint der Zuwachs im Bundesvergleich noch moderat, so setzt die Entwicklung doch auf einer bereits heute überdurchschnittlich hohen Pflegequoten von 3,9 Prozent auf. Zum Vergleich: Bayern hatte 2013 eine Pflegequote von 2,7 Prozent. Sachsen dürfte schon in absehbarer Zeit sehr viele zusätzliche Pflegekräfte und -plätze brauchen: Bereits 2013 nahmen die Pflegebedürftigen in 6 von 10 Fällen professionelle Dienste in Anspruch. Nur in Hamburg und Schleswig-Holstein ließen sich prozentual noch weniger Personen von Verwandten und Bekannten informell pflegen. Und: Die stationäre Dauerpflege ist in Sachsen bereits zu 96 Prozent ausgelastet. Deshalb braucht es bereits bis 2020 bis zu 6.700 zusätzliche Plätze in der vollstationären Dauerpflege, bis 2030 werden es 8.200 weitere Plätze sein. Sollte weiterhin rund ein Drittel der Pflegebedürftigen ambulante Pflegedienste nutzen, müssten in diesem Bereich bis ins Jahr 2020 bis zu 2.000 neue Vollzeitstellen und bis 2030 um die 2.600 weitere geschaffen werden.

Sachsen-Anhalt

Die Zahl der Pflegebedürftigen in Sachsen-Anhalt steigt um bis zu 23 Prozent – von fast 95.700 Personen im Jahr 2013 auf bis zu 118.000 in 2030 im Basisszenario. Dieser Zuwachs liegt zwar unterhalb des bundesweiten Durchschnitts von 30 Prozent, Sachsen-Anhalt startet jedoch schon heute mit einer vergleichsweise alten Bevölkerung: Der Anteil der Ü64-Jährigen liegt mit 24,7 Prozent fast 4 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt. Auch die Pflegequote ist mit 4,3 Prozent bereits heute vergleichsweise hoch – bundesweit liegt sie bei 3,4 Prozent. Bis 2030 steigt die Quote in Sachsen-Anhalt voraussichtlich auf 6,1 Prozent – das wäre nach Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg der dritthöchste Wert in Deutschland. Gleichzeitig sinkt die Zahl der Personen, die pflegen könnten: Kamen 2013 noch 2,5 Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren auf einen Ü64-Jährigen, werden es dem Statistischen Bundesamt zufolge 2030 nur noch 1,5 sein. Zudem werden in Sachsen-Anhalt bereits heute nur 44 Prozent der Pflegebedürftigen ausschließlich von Angehörigen oder Bekannten gepflegt, 3 von 10 Pflegebedürftige werden dauerhaft in einem Pflegeheim versorgt – und die Pflegeheime sind schon heute zu 93 Prozent ausgelastet. Daher muss Sachsen-Anhalt so schnell wie möglich zusätzliche stationäre Pflegeplätze schaffen. Allein bis 2020 steigt der Bedarf an neuen Plätzen auf bis zu 11.000, bis 2030 sind noch einmal bis zu 3.000 weitere Plätze notwendig. Parallel müssen in Sachsen-Anhalt die ambulanten Dienste ihr Personal aufstocken: Bis 2030 sind mehr als 1.700 zusätzliche Vollzeitstellen notwendig – vorausgesetzt, der Anteil der Pflegebedürftigen, die einen ambulanten Pflegedienst nutzen, verändert sich nicht.

Schleswig-Holstein

Im nördlichsten Bundesland steigen die Pflegefallzahlen von heute knapp 88.000 auf bis zu gut 121.000 in 2030 – das bedeutet einen Zuwachs von 38 Prozent. Dabei setzen die Menschen in Schleswig-Holstein bislang im bundesweiten Vergleich am

häufigsten auf die vollstationäre Dauerpflege: 40 Prozent der Pflegebedürftigen ließen sich 2013 in einem Heim versorgen. Gleichzeitig nutzen nur 21 Prozent professionelle ambulante Dienste, das ist der bundesweit niedrigste Wert. Auch beanspruchten nur 39 Prozent der Fälle Pflegegeld, weil Angehörige die Pflege übernahmen – im Bundesdurchschnitt sind es 47 Prozent. Ändert sich an diesen Anteilen nichts, muss Schleswig-Holstein vor allem in der stationären Versorgung nachrüsten. Denn obwohl die Pflegeheime in Schleswig-Holstein 2013 nur zu 84 Prozent ausgelastet waren, müssen schon 2020 bis zu 3.400 neue Plätze bereitstehen, um die zusätzliche Nachfrage zu decken, sollten nicht mehr Pflegebedürftige auf informelle oder ambulante Dienste zurückgreifen. Bis 2030 muss das Bundesland dann insgesamt über 10.000 zusätzliche Plätze geschaffen haben. Selbst wenn weiterhin nur ein Fünftel der Pflegebedürftigen ambulante Dienste nutzt, kann die Versorgung in heimischer Umgebung zudem nur mit bis zu 3.000 zusätzlichen Vollzeitpflegern gelingen.

Thüringen

In Thüringen steigt die Zahl der Pflegebedürftigen zwischen 2013 und 2030 um bis zu 26 Prozent – von 90.000 auf 113.000. Thüringens Pflegequote lag mit 4,2 Prozent bereits 2013 deutlich über dem Bundesdurchschnitt und wird auch 2030 mit 5,9 Prozent die meisten anderen Länder übertreffen. Der Anteil derjenigen, die sich dauerhaft in einem Pflegeheim versorgen ließen, lag 2013 mit 27 Prozent nur etwas unterhalb des Bundesdurchschnitts von 28 Prozent. Bei einem aktuellen Auslastungsgrad von 94 Prozent können die bereits bestehenden Heime den zusätzlichen Bedarf kaum decken. Deshalb muss auch Thüringen die Kapazitäten dringend ausbauen: Bis 2030 muss das Land voraussichtlich bis zu 8.000 neue Plätze in der vollstationären Dauerpflege schaffen – ein Plus von einem Drittel gegenüber dem heutigen Bestand. Für die ambulante Versorgung werden bis zu 2.000 neue Vollzeitstellen benötigt.